

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Kontokonto: Sächs. Staatsbank, Dresden,
Kont. der Arbeiter, Angehörigen
und Beamten, A.-G., Dresden,
Gebrüder Henrich, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Einzel von Sitzungen inwendiger Art, ist es durch oder ohne Einfluß seiner Gewalten, bei der Verlebung der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Wochenblätter“, ausserdem „Wohlfahrt und Kunst“ monatlich 1,80 M., ausserdem 45 Pf. für den Postzuschlag. Einzelhefte 10 Pf. Ausgab. Volk- u. Arbeiter-Anstalt, 24 M. Telekomm. Adressen: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Bettendorfer Str. 23/24, Dresden
Geschäftsleiter: Bettendorfer Str. 23/24 und 12/77.
Verantwortl. Red. v. 1. bis 5 Uhr nachmittags.

Verlagspreis: Grundpreise: die 48 nun breite Konsole für 25 M., die 9 nun breite Konsole für 20 M., für ausserordentlich schöne 40 M. und 250 M. Familienausgaben, Stellen- und Wohnungsanzeigen 20 M. für 1000 Wörter, 10 M. für 500 Wörter, 5 M. für 250 Wörter, 2 M. für 100 Wörter.

Nr. 104

Dresden, Mittwoch, den 6. Mai 1931

42. Jahrgang

Wird es nützen?

Sollvergütungen für den Weizen

Am 6. Mai wird mitgeteilt: Durch eine am 6. Mai zur Veröffentlichung gelangende Verordnung wird der Zoll für Weizen und für Speis zur Herstellung von Mehl oder Schrot für diejenigen Mühlenbetriebe, die in dem Kalenderjahr April/Juni 1930 ausländischen Weizen oder Speis zu Mehl oder Schrot verarbeitet haben, in Höhe von 20 v. H. der gesamten von ihnen in dieser Zeit nachweislich zu Mehl oder Schrot verarbeiteten Mengen inländischen und ausländischen Weizens und Speises auf 20 Mark je Doppelzentner ermäßigt.

Diese Regelung gilt zunächst bis zum 15. Juni 1931 und ist den geltenden Vorschriften über den Vermahlungsgang für Inlandweizen angepasst, so daß die derzeitige Vermahlungsquote von 50 v. H. völlig unberührt bleibt und eine für die Landwirtschaft nachteilige Wirkung auf dem deutschen Markt ausgeschlossen ist.

Die Mühlen werden gehalten, den ganzen Vorrat dieser Sollvergütung von 50 Mark für die ganze ausländischen Weizen den Verbrauchern dadurch zuzute kommen zu lassen, daß eine entsprechende Senkung des Mehlpreises erfolgt.

Besprechungen mit den Mühlen

Am 5. Mai wird mitgeteilt: Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben am 5. Mai Besprechungen mit den Berliner Mühlen stattgefunden über die Mittel und Wege, wie den Bäckern das Roggenmehl zu einem Preise angeboten werden kann, der es ihnen auch bei Würdigung aller Verhältnisse ermöglicht, den alten Brotpreis wieder herzustellen. Die Berliner Mühlen haben sich grundsätzlich bereit erklärt, bei Vergabe solcher Mengen von Roggen aus den Beständen der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft das Mehl zu einem entsprechenden Preise zu liefern. Die letzten Einzelheiten werden voraussichtlich am Laufe des 6. Mai festgelegt werden. An die anschließenden Besprechungen mit den Mühlen werden sich die Verhandlungen mit den Berliner Bäckern wegen Senkung des Brotpreises unmittelbar anschließen.

Frankreich begrüßt Spanien

Nur die Kommunisten fliegen

P. Paris, 5. Mai. (Fig. Draht.) Kammer und Senat trafen am Dienstagmorgen wieder zusammen. Die Kammer nahm mit 640 gegen 6 Stimmen einen Antrag des Sozialisten Grambach an, nach dem der spanischen Republik die Unterstützung und die Sympathien der französischen Kammer übermittle werden. Vor der Abstimmung erklärte Ministerpräsident Laval, daß die französische Regierung der jungen spanischen Republik einen herzlichen Glückwunsch entgegenbringe. Die Mehrheit der Kammer begrüßte diese Erklärung mit großem Beifall, während die Kommunisten protestierten. „Wir werden — so rief der Abg. Cadon — der spanischen Republik erst dann unsere Sympathie ausdrücken, wenn sie keine bürgerliche Republik mehr ist, sondern eine Sowjetrepublik.“ Tiefe Worte riefen bei den Sozialisten große Entrüstung hervor. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem kommunistischen Abg. Paris und dem Sozialisten Androsini, in dessen Verlauf Paris seinem Gegner einen Faustschlag ins Gesicht versetzte. Ehe Ambrosini diesen regelhaften Angriff beantworten konnte, wurden beide Abgeordnete getrennt.

Im Senat ist inzwischen ebenfalls ein von zahlreichen Radikalen und gemäßigten Senatoren unterzeichneter Antrag eingegangen, nach dem auch der Senat der spanischen Republik seine Sympathie ausdrücken soll.

Spanien ladet die Abrüstungskonferenz ein

P. Genf, 5. Mai. (Fig. Draht.) Der Magistrat von Barcelona hat in Uebereinstimmung mit der katalanischen und spanischen Regierung an das Sekretariat des Völkerbundes ein Schreiben gerichtet, in dem dringend ersucht wird, als Ort der Abrüstungskonferenz Barcelona zu bestimmen. In Anbetracht der Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Spanien biete Barcelona beste Gewähr für einen fruchtigen und guten Verlauf der Konferenz.

Verteidigt die Friedenssicherungen!

T. Genf, 5. Mai. (Fig. Drahtbericht.) Die schwedische Regierung hat dem Spezialkomitee zur Ausarbeitung einer Konvention über Kriegsverhütung eine Reihe von Ergänzungsartikeln zu dem vorliegenden Entwurf eines Abkommens überreicht. Danach sollen sich die Vertragsschließenden verpflichten, den Empfehlungen des Völkerbundes zur Aufrechterhaltung des Friedens eine weitgehende Verbreitung in der Öffentlichkeit zu sichern und im Rahmen der nationalen Gesetzgebung jede die friedliche Lösung der Krise während Propaganda in Wort und Schrift zu verhindern.

Der schwedische Vorschlag weist in keiner Begründung auf die große Gefahr einer unterverantwortlichen tendenziösen heberischen Pressekampagne gegen die internationalen Beziehungen in Krisenzeiten hin. Eine formelle Beurteilung solcher journalistischer Methoden durch die Regierungen könne einen großen Wert haben.

Zur Zollunion entschlossen

Einzelverhandlungen - Im Herbst Parlamentsbeschlüsse

D. Berlin, 6. Mai. (Fig. Funk.) Auf einer gestern in Berlin abgehaltenen Veranstaltung der Deutschen Volkspartei erklärte Reichsaußenminister Dr. Curtius anlässlich einer Debatte über die deutsch-österreichische Zollunion, daß Österreich und Deutschland entschlossen seien, das Abkommen mit aller Kraft durchzuführen. Unmittelbar nach den Genfer Beratungen werde man bereits die Spezialberatungen über die Durchführung des Abkommens aufnehmen. Man hoffe, wie Curtius weiter mitteilte, zuversichtlich, den Parlamenten in Wien und in Berlin bereits im Herbst ein fertiges Vertragswerk zur Annahme unterbreiten zu können.

Not zwingt Oesterreich

P. Paris, 6. Mai. (Fig. Funk.) Der österreichische Außenminister Schober hat dem Sonderkorrespondenten des Matin in einer Unterredung die Entstehung der deutsch-österreichischen Zollvereinbarung auseinandergesetzt.

Schober wies auf seinen Pariser Besuch im vorigen Jahre hin, in dessen Verlauf er Briand über die unhaltbare wirtschaftliche Lage Österreichs unterrichtete und ihm um Frankreichs Hilfe bei dem Abschluß von gütigen Handelsverträgen mit den Staaten der Meinen Entente und bei Gewährung einer Anleihe an Österreich gebeten habe. Briand habe seine Erklärungen mit Aufmerksamkeit und Verständnis angehört und jede mögliche Hilfe versprochen. Weiter seien die Verhandlungen Briands aber fruchtlos geblieben. Als Briand dann im September vor dem Völkerbundrat

keinen Europa-Plan entwickelt, habe er — Schober — diesem Plan sofort zugestimmt. Er habe aber zugleich erklären müssen,

daß Österreich jetzt nicht mehr länger warten könne, und daß man mit dem Abschluß regionaler Verträge beginnen müsse.

Auch während der letzten Ratstagung im Januar habe er feststellen müssen, daß noch nichts Bestimmtes getan worden sei, so daß er sehr enttäuscht nach Wien zurückkehren mußte. Im März sei schließlich Dr. Curtius nach Wien gekommen und habe ihm einen Plan für ein Zollbündnis zwischen Deutschland und Österreich unterbreitet. Obwohl er sich gewisser Schwierigkeiten bei der Durchführung dieses Planes bewußt gewesen sei, habe er seine Bedeutung erkannt und sich mit ihm einverstanden erklärt. Beide Minister hätten die Absicht gehabt, Ende April vor der Tagung des Europa-Ausschusses in Genf mit Briand darüber zu sprechen. Nachdem aber das Organisationskomitee des Europa-Ausschusses bereits zum 24. März nach Paris einberufen worden sei, habe Curtius und er es für notwendig erachtet, schon vor diesem Datum den deutsch-österreichischen Plan bekanntzugeben. Auf diese Weise sei das Protokoll vom 19. März zustande gekommen. Schober fügte hinzu, daß

noch nichts Endgültiges beschlossen sei,

und daß er nach dem Antrag Englands, die Angelegenheit dem Völkerbundsrat zu unterbreiten, die Anweisung erteilt habe, alle Vorbereitungen und die weiteren vorbereitenden Arbeiten einzustellen.

Auf die an ihn gestellte Frage, warum sie sich nicht für das System von Voraussetzungen entschieden hätten, erwiderte Schober, daß die Weltbenutzungsfrage sich einem derartigen System widerehe. Am Schluß der Unterredung sprach Schober die Hoffnung aus, daß die Politik Briands durch die deutsch-österreichische Initiative keinen Schaden erleide, sondern im Gegenteil nützliche Konsequenzen aus ihr ziehen möge.

Nazi-Meuterei in Görlitz

Erbauliches aus dem schlesischen Nazisumpf - „Bereichert euch!“ Stinkende Korruption überall

Nazi-Bonzen im Anteil eigener Parteigenossen

Die Korruption im Lager der schlesischen Nazis, über die wir bereits berichtet, zieht immer weitere Kreise. Die diktatorische Abfertigung des Görlitzer Ortsgruppenleiters Schuffig durch den Gauleiter und Reichstagsabgeordneten Brüdner in Breslau und die Ernennung des früheren Knüppel-Kunze-Agitator Jenzgen zum Ortsgruppenleiter hat die werten Parteigenossen arg durcheinander gebracht. Sie legten nicht nur ihre Ämter nieder, sondern schälerten die geradezu haarsträubenden Zustände in der Görlitzer Ortsgruppe in mehreren Beschwerdeschriften dem Gauleiter Brüdner, der jedoch entweder nicht den Willen oder die Kraft hat, den stinkenden Sumpf trockenlegen zu lassen.

Unser Görlitzer Trudervergänger, die Volkszeitung, ist nun in der Lage, die an Brüdner geschickten Beschwerde-schriften wörtlich zu veröffentlichen. Dabei kommen ganz erbauliche Dinge zutage, wobei zu beachten ist, daß es sich nicht um Werturteile von Sozialdemokraten handelt, sondern um

Urteile von Nazis über ihren eigenen Parteigenossen.

Der Vertreter des Reichstagsabgeordneten Rg. Jenzgen, ein gewisser Anobla, wird beschuldigt, sich mehrmals Geld in seine eigene Tasche gewirtschaftet zu haben. Eine ordnungsgemäße Abrechnung über die bei den Versammlungen verkauften Eintrittskarten lehnte Anobla stets ab. Sechs gefüllte Sammelbüchsen nahm er uneröffnet mit in seine Wohnung und gab erst auf wiederholtes Drängen an, 60 Mark vorgefunden zu haben. Die Rg. behaupten aber, daß es mindestens 150 bis 180 M. gewesen sein müssen. Bei einer Versammlung hatte ein Pp. den Teilnehmern je ein Paar Büchsen spendiert. Und siehe da, die Rollen dafür erschienen prompt beim Rg. Anobla unter den Ausgaben, desgleichen die Unkosten für die Bewirtung eines auswärtigen Redners, der jedoch seine Reche selbst bezahlt hatte. Die Beschäftigung Anoblas, so wird weiter in dem Beschwerdeschreiben ausgeführt, sei derartig, daß sich trotz beträchtlichen Einnahmen die Schuldenlast der Parteilasse noch mehr erhöht.

Bezirksleiter Fe. Jenzgen

Eine Beschwerdeschrift, die bereits am 26. November 1930 von 13 Funktionären der Görlitzer Nazigruppe an Gauleiter Brüdner in Breslau gerichtet wurde, zeigt den Reichstagsabgeordneten und Bezirksleiter Jenzgen in geradezu bengalischem Lichte. Geld ist für die Herrschaften die Hauptsache.

Unter 20 M. Honorar hielt Jenzgen keine Versammlung ab.

Als eine schlecht besuchte Versammlung nur 5 M. einbrachte, verlangte Jenzgen die fehlenden 15 Mark aus der Ortsgruppenkasse und erhielt sie auch. Jenzgen sei, so heißt es weiter in der Beschwerdeschrift, in den Bürgerreisen

denkbar schlecht angeführer, da er sich weigert, sein Reichstagsmandat abzugeben. Auch habe sich J. in einer Stadtberordnenung von einem Juden bereichern lassen.

Der Nazibonze auf Reisen

Die genannte Beschwerdeschrift gewährt auch einen bezeichnenden Einblick in die Art, wie die reisenden Schimpfapostel bei den Nazis auf Kosten ihres Anhangs zu leben verziehen. Darüber wird in der Beschwerdeschrift folgendes ausgeführt:

Der Reichsredner Präfelmann wurde von der Bezirksleitung nach Görlitz geholt, um ihn einzusehen. Erst nachdem er eingetroffen war, befaßte die Bezirksleitung, daß die Ortsgruppe zwei oder drei Versammlungen durchführen solle. Motorfahrer verfuhrten nun in den von der Bezirksleitung genannten Orten die Vorbereitung. Der Erfolg war fälschlich. Reichsredner Präfelmann traf in all diesen Orten nur eine Tischrunde an, mit der er sich unterhalten konnte. Für diese zwei oder drei Unterhaltungen, die für unsere Bewegung rein gar nichts errangen, mußten wir aber eine im Verhältnis enorme Summe zahlen. Der Redner erhielt pro Tag 25 M. Nebenergöhr, außer dem überreichte uns sein Hotel die Rechnung in Höhe von über 98 M. Die Rechnung wies Beträge für Zigaretten, Streichhölzer, Bier, sogar Ansichtskarten auf.

So lebt ein Sozialismuspropagandist in der Wahlzeit von Arbeitslosen und zusammengebettelten Kampfsoldaten.

Die Schuld trägt die Bezirksleitung. Unsere großen Versammlungen, bei denen wir Ueberflüsse von 800 M. hatten, haben nicht solche Aufwandssummen verursacht.

Die Ortsgruppe verweigerte die Bezahlung, die Bezirksleitung befaßte die Bezahlung, und dann zahlte die Ortsgruppe!

Also Ponzentum in des Wortes verächtlicher Bedeutung.

Gauleiter und M. d. R. Brüdner, Breslau

Wie schon ausgeführt, richteten die Görlitzer Nazifunktionäre ihre Beschwerde gegen den Bezirksleiter Rg. Jenzgen und den Geschäftsführer Rg. Anobla an den Gauleiter Brüdner in Breslau. Als dieser aber „einen für jedermann unverständlichen Rechtspruch fällte“, wurde die Beschwerde auch auf Brüdner selbst ausgedehnt und dem großen Adolf Hitler in München, Gregor Stracher und Ernst Röhm, dem obersten SA-Führer, unterbreitet. Brüdner rüchte sich dafür, daß er einen Antrag der Görlitzer Nazis, in Görlitz eine Versammlung abzuhalten, brüst ablehnte. Das muß eine fürchterliche Strafe für die Görlitzer Nazis gewesen sein. — Dann wird in der Beschwerdeschrift folgende niedliche Sache über den Diktator Brüdner berichtet:

Vor der Wahl — 5. August 1930 — hatte der Stadtrat Gengler, Rürnberg, in Görlitz gesprochen. Im Verlauf trat er an den Ortsgruppenleiter Schuffig heran mit dem Ersuchen, ihm aus der Kasse 200 M. zu leihen, was vom Ortsgruppen-